

„Deutschland darf nicht träumen“

Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle nennt sich selbst das ordnungspolitische Gewissen der Regierung und macht sich mit vielen Entscheidungen nicht nur Freunde. *Das Gespräch führten Sven Afhüppe, Thomas Sigmund und Gabor Steingart.*

Handelsblatt: Herr Brüderle, Sie treten im Kabinett als Ordnungspolitiker auf, sagen Nein zu Staatshilfen für Opel oder Karstadt. Die meisten in der Wirtschaft stimmen Ihnen zu, aber im Kabinett scheinen Sie zu vereinsamen.
Rainer Brüderle: Die Soziale Marktwirtschaft hat es nicht leicht, vor allem dann nicht, wenn es konkret wird. Manche haben sich vielleicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ganz schnell an wirtschaftliche Hilfskonstrukte wie den Bankenrettungsfonds und den Deutschlandfonds für Unternehmen gewöhnt. Wer wird schon gern ins kalte Wasser geworfen. Die Nestwärme will keiner so schnell hergeben. Ich muss als Wirtschaftsminister das ordnungspolitische Gewissen der Regierung sein und auf die Grundzusammenhänge hinweisen.

HB: Ihre Einsamkeit überrascht umso mehr, als in Berlin eine konservativ-liberale Koalition regiert.
Brüderle: Wir sind jetzt auf einem guten gemeinsamen Weg. Nach über elf Jahren in der Opposition mussten wir ziemlich überrascht feststellen, dass sich unser Wunschpartner in den vergangenen Jahren doch etwas von seiner früheren Reformbereitschaft und der wirtschaftspolitischen Linie entfernt hat. Offenbar wirkt in Teilen der Union die Große Koalition mit der SPD immer noch nach.

HB: Das heißt: Die Union bremst den Reformeifer der Liberalen?
Brüderle: Bei den Koalitionsverhandlungen war schnell festzustellen, was mit der Union möglich ist und was nicht. Solche Verhandlungen sind immer ein Nehmen und Geben. Entscheidend ist, dass jeder sich mit seiner Handschrift und mit Erfolgen wiederfindet. Nicht alles, was in der Legislaturperiode zu entscheiden ist, kann man vorher festlegen.

HB: Und die Rolle der FDP?
Brüderle: Ich möchte Reformwiderstände überwinden und für die Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft werben. Dazu muss ich auch unangenehme Wahrheiten aussprechen. Deutschland steht in einem brutalen Wettbewerb, und ich bin nicht dazu angetreten, das Land träumen zu lassen. Die Soziale Marktwirt-

schaft arbeitet immer mit gebremstem Schaum. Aber es muss noch schäumen.
HB: Ist Angela Merkel die linkeste Bundeskanzlerin, die Deutschland je hatte?
Brüderle: Nein. Frau Merkel ist eine erfolgreiche Bundeskanzlerin. Sie



» **Deutschland steht in einem brutalen Wettbewerb, und ich bin nicht dazu angetreten, das Land träumen zu lassen.**

ist aber zugleich Vorsitzende einer Partei, deren marktwirtschaftlicher Flügel es nicht immer leicht hat.

HB: Wie sieht es in der Unionsfraktion im Bundestag aus? Bekommen Sie von dort Unterstützung?
Brüderle: In der Unions-Bundestagsfraktion gibt es viele sachkundige Politiker, beispielsweise Fraktionsvize Michael Fuchs, der selbst ein Unternehmen führt.

HB: Und wie beurteilen Sie die Lage im Kabinett und bei den Ministerpräsidenten?
Brüderle: Ich will hier nicht den Oberlehrer spielen und Kopfnoten sind immer ein Nehmen und Geben. Zusammenarbeit mit meinen Kabinettskollegen ist gut. Das schließt Diskussionen in der Sache nicht aus. Der Rücktritt von Friedrich Merz war für die Marktwirtschaftler in der CDU sicher ein Verlust. Das war ein verlässlicher Ordnungspolitiker, wie Hessens Ministerpräsident Roland Koch. Umso mehr hat die FDP die Aufgabe, für eine mittelstandsfreundliche Politik zu kämpfen.

HB: Hätte die Koalition bei der Opel-Entscheidung - Staatshilfen ja oder nein - plätzen können?
Brüderle: Das glaube ich nicht. Die Fakten haben doch eindeutig gegen

Staatshilfen gesprochen, was sich im Nachhinein auch gezeigt hat.

HB: Waren Sie irritiert, als die Kanzlerin gleich nach ihrer Ablehnung für Staatshilfen sagte: Das letzte Wort sei noch nicht gesprochen?
Brüderle: Die Bundeskanzlerin hat mir erläutert, dass sich ihre Bemerkung auf die Länder bezog und nicht auf meine Entscheidung.

HB: Haben Sie in dieser Situation an Rücktritt gedacht?
Brüderle: Nein. An Rücktritt habe ich nicht gedacht. Ich war von meiner Position überzeugt. Letztendlich hat die Kanzlerin meine Entscheidung auch akzeptiert.

HB: Aber Sie wären politisch schwer beschädigt gewesen, wenn es anders gekommen wäre?
Brüderle: Es ging nicht um mich. Aber wie gesagt, ich kann nicht über Ordnungspolitik reden und, wenn es dann zum Schwur kommt und alle Zahlen stimmen, klein begeben. Dafür bin ich nicht im Amt.

HB: Die FDP ist mit dem Versprechen angetreten, wirtschafts- und steuerpolitisch den großen Wurf zu wagen. Was ist übrig geblieben?
Brüderle: Wir brauchen in Deutschland langfristiges Wachstum, das ist das wichtigste Ziel, das die FDP verfolgt - auch um die Haushalte zu konsolidieren und zukunftsfähig zu machen. Nicht nur die Exporte sollen florieren, auch die Binnenkonjunktur soll anziehen. Und die Menschen sollen an den Einkommen merken, dass es aufwärts geht.

HB: Und deshalb verschieben Sie die Steuerreform und erhöhen die Krankenkassenbeiträge?
Brüderle: Die Steuerreform ist nicht abgesagt, sondern nur verschoben. Wir Liberale werden darum kämpfen, dass es noch in dieser Legislaturperiode zu einem ersten und spürbaren Vereinfachungs- und Entlastungsschritt kommt. Aber jetzt müssen wir erst einmal die Schulden abbauen, die Deutschland wegen der Finanzkrise aufnehmen musste. Der Gesundheitskompromiss lässt niemanden jubeln, schafft aber die Grundlage für mehr Wettbewerb und Effizienz.

HB: Dennoch gewinnt der Aufschwung an Kraft. Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung?
Brüderle: Positiv ist, dass Deutschland schneller als andere Länder die Krise überwunden hat und das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um mehr als zwei Prozent wachsen könnte. Gleichzeitig könnte die Zahl der Arbeitslosen demnächst unter drei Millionen rutschen und die Zahl der Kurzarbeiter unter die Marke von 100 000 fallen.

HB: Also Aufschwung trotz Bundesregierung?



Rainer Brüderle (2.v.l.) mit den Handelsblatt-Redakteuren Thomas Sigmund, Gabor Steingart, Sven Afhüppe (v.l.n.r.)

Wenn der Trend anhält, und dafür gibt es einige Indizien, halte ich mittelfristig eine Arbeitslosenquote von vier Prozent für Deutschland durchaus für erreichbar. In manchen Regionen haben wir quasi schon Vollbeschäftigung.

HB: Also Aufschwung trotz Bundesregierung?

Brüderle: Nein, mit der Bundesregierung. Nehmen Sie das Sparpaket: Wir haben auf höhere Mehrwert- und Einkommensteuern verzichtet und stattdessen die Ausgaben gekürzt. Die Inhalte zeigen schon, dass wir intelligent sparen. Wir befinden uns auch auf dem richtigen Wachstumspfad. Wir sind jetzt bei einem Prozent Potenzial-



Steuerroulette
Zwei Minister feilschen um die Luftverkehrsabgabe. Das Finanzressort beobachtet das mit Argusaugen. **Seite 16**



Finanzkollaps
Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger muss den Finanznotstand ausrufen. **Seite 18**

wachstum und wollen höhere Zahlen erreichen.

HB: Wie wollen Sie das erreichen?
Brüderle: Beispielsweise durch Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung.

HB: Dazu braucht Deutschland aber auch ein paar junge und intelligente Menschen.
Brüderle: Richtig. Es ist ganz entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, dass wir nach Möglichkeit alle jungen Menschen so qualifizieren, dass sie eine Ausbildung antreten können. Der bestehende Ausbildungspakt muss deshalb sicherstellen, dass so wenig Schulabgänger wie möglich in der Arbeitsvermittlung landen. Wichtig ist mir vor allem, dass alles getan wird, um auch ausländischen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu ermöglichen. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit einer enormen ökonomischen Bedeutung.

HB: Das reicht nicht, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Müssen nicht mehr ausländische Experten ins Land geholt werden?
Brüderle: Hier hat Deutschland tatsächlich enormen Nachholbedarf. Die von Ex-Kanzler Schröder entwickelte Green Card hat leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Der Fachkräftemangel wird in den nächsten Jahren zum Schlüsselproblem für den deutschen Arbeitsmarkt und nicht die Arbeitslosigkeit. Bei drei Millionen Arbeitslosen ist das Problem noch nicht so sichtbar. Aber je länger der Aufschwung anhält, desto größer wird das Problem.

HB: Haben Sie eine Lösung parat?
Brüderle: Das Thema, wie Deutschland für ausländische Facharbeiter endlich attraktiv wird, steht ganz oben auf meiner Agenda. Ich plane für die nächsten Monate eine Fachkräfte-Initiative. Dazu will ich die Wirtschaftsverbände und auch Wissenschaftler einladen.

HB: Ihr Generalsekretär hat vorgeschlagen, die Einkommensgrenze für ausländische Zuwanderer zu senken. Ist das der richtige Weg?
Brüderle: Die Reduzierung der Einkommensschwelle ist ein Ansatzpunkt. Mir geht es darum, ein Gesamtkonzept zu entwickeln, damit qualifizierte ausländische Arbeitnehmer nach Deutschland kommen.

HB: Das dann auch ein Begrüßungsgeld für Gastarbeiter enthält?
Brüderle: Es ist denkbar, dass einige Unternehmen, die es sich leisten können und dringenden Bedarf haben, ausländischen Facharbeitern eine Lockprämie zahlen. Ich halte es aber für ausgeschlossen, dass der Bund mit Steuergeldern Fachkräfte aus dem Ausland den Weg nach Deutschland versüßt.

HB: Jetzt, wo die Wirtschaft deutlich stärker wächst als noch vor Monaten gedacht, wachsen auch die Begehrlichkeiten nach Lohnerhöhungen. Unterstützen Sie das?
Brüderle: Erst einmal will ich daran

erinnern, dass Lohnzurückhaltung und das Kurzarbeitergeld wesentlich dazu beigetragen haben, dass der Arbeitsmarkt in Deutschland anders als in anderen westlichen In-



» **Der Aufschwung ist nachhaltig und stabil. Einen erneuten Einbruch der Konjunktur befürchte ich nicht.**

dustriestaaten kaum von der Weltwirtschaftskrise infiziert wurden. Dazu haben die Gewerkschaften und die Arbeitnehmer einen wichtigen Beitrag geleistet.

HB: Dennoch: Die Mitarbeiter der Stahlindustrie, die ab September Tarifverhandlungen führen, fordern mehr Geld.
Brüderle: Da, wo sich Betriebe höhere Löhne leisten können, habe ich Verständnis für solche Gehaltsforderungen. Aber das müssen die Tarifpartner in den Betrieben entscheiden, da kann ich keine Empfehlungen geben. Ansonsten hoffe ich, dass die Gewerkschaften insgesamt weiter pragmatisch und mit Augenmaß vorgehen und vor allem mit Fantasie Tarifverhandlungen führen, damit die Zahl der Arbeitslosen möglichst schnell unter drei Millionen sinkt.

HB: Aber besteht nicht die Gefahr, dass das Sparpaket die konjunkturelle Erholung bremst? Und bedeuten die Brennelementsteuer und die Luftverkehrsabgabe nicht eine Belastung für die Wirtschaft?
Brüderle: Natürlich sind diese neuen Steuern eine Belastung für die betroffenen Firmen. Aber die Brennelementsteuer steht ja in ei-

nem direkten Zusammenhang mit der geplanten Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken. Da sollen ungefähr die Hälfte der Zusatzgewinne der Kraftwerkbetreiber abgeschöpft werden. Das werden die Unternehmen verkaufen. Bei der Luftverkehrsabgabe sind wir uns über das Volumen einig, aber noch nicht über die Ausgestaltung. Die Gespräche laufen.

HB: Ludwig Erhard hat sich von namhaften Wissenschaftlern wie Müller-Armack beraten lassen. Auf welche Ökonomen hören Sie?
Brüderle: Ich halte mich an die Gutachten der fünf Wirtschaftsweisen. Vor allem zum Vorsitzenden des Sachverständigenrats, Wolfgang Franz, habe ich einen engen Draht.

HB: Wo ist derzeit der größte Verstoß gegen die Ordnungspolitik zu besichtigen?
Brüderle: Den sehe ich nicht. Auch Ludwig Erhard ist es nicht gelungen, sich immer ordnungspolitisch korrekt zu verhalten.

Vordenker.



o|s Verlag
Dr. Otto Schmidt
Köln

Lutter/Hommelhoff **GmbH-Gesetz** Kommentar. Von Prof. Dr. Walter Bayer, Prof. Dr. Dres. h.c. Peter Hommelhoff, Prof. Dr. Detlef Keindick und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Marcus Lutter. 17., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2009, 1.779 Seiten DIN A5, geb. 119,- €. ISBN 978-3-504-32487-2

Eine Leseprobe finden Sie unter www.otto-schmidt.de/handelsblatt

Nach der Jahrhundertreform des GmbH-Rechts durch das MoMiG werden sich Praktiker aller Berufsgruppen die Antworten auf die vielen neuen Rechtsfragen wieder aus diesem Kommentar holen. Seit über einem halben Jahrhundert ist er das Standardwerk, mit dem man in jedem Fall schnell und sicher zu einer fundierten Entscheidung kommt.

Kompakt im Umfang, umfassend in der Problembearbeitung: Unstreitiges in Kürze, offene Rechtsfragen werden mit der gebotenen Ausführlichkeit diskutiert und mit wissenschaftlicher Präzision wegweisend gelöst. Bestechend an diesem weit verbreiteten Kommentarwerk ist die Zuverlässigkeit, mit der es die künftige Rechtsentwicklung oft genug vorweggenommen hat.

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder beim Verlag Dr. Otto Schmidt - Postfach 51 10 26 - 50946 Köln